

Ukraine als Testfall für Europa

Basil Kerski im Gespräch mit Manfred Sapper, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, die mit dem DIALOG-Preis 2015 ausgezeichnet wurde

Barbara Frommann



Manfred Sapper

Zusammen mit Katharina Raabe haben Sie in diesem Jahr das sehr lesenswerte Buch „Testfall Ukraine: Europa und seine Werte“ über den Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Europa veröffentlicht. Worin liegt die Bedeutung der politischen Entwicklung in der Ukraine für Europa, wieso ist die Ukraine zu einem Testfall für die europäische Politik geworden?

Im Kern geht es um die Frage, was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Man muss sich vergegenwärtigen, in welcher Situation der Konflikt ausgebrochen ist: In Frankreich steht Marine Le Pen mit dem Front National in einer Frontstellung gegen Brüssel und die EU. In Deutschland gewinnt die AfD an Zuspruch. In Holland bekommt Geert Wilders große Unterstützung. In diesem Zustand der Europaver-

drossenheit kommt es in der fernen Ukraine zu einer Revolution, die für die Idee von Europa steht. Kaum einer wusste etwas über die Ukraine. Sie wurde mit Kriminellen, Oligarchen und Tschernobyl, assoziiert. Kurz: mit dem Unheil aus dem Osten. Niemand nahm sich die Zeit, genauer hinzuschauen, oder wollte mit ihr etwas zu tun haben.

Auch die Europäische Nachbarschaftspolitik war nicht anders: Ihr Ziel war, streng genommen, die Ukraine draußen vor der Tür zu halten, weil die EU mit ihren eigenen Problemen genug zu tun hatte. Daher hat es die Europäer peinlich berührt, als plötzlich Menschen aus dem „fernen Osteuropa“ auf die Straße gingen und bei minus 20 Grad über mehrere Wochen auf dem Maidan protestierten. Sie erinnerten die Europäer daran, wofür die Chiffre

„Europa“ steht. Der Maidan war eine Revolution der Würde: eine Revolution gegen Korruption, gegen das kleptokratische, kriminelle Regime, das sich seit 1991 in der Ukraine gehalten hatte. Die Demonstranten traten für Menschenrechte ein und taten dies mit der Europa-Fahne, weil Europa für Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und bürgerliche Freiheiten steht. Die Westeuropäer waren von dieser Europabegeisterung befremdet. In Deutschland gab es nach der Eskalation der Gewalt in der Ukraine, dem Eingreifen Russlands, der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine oft mehr Verständnis für die Täter als für die Opfer. Dies ist etwas, was Polen in der Regel nicht verstehen, weil Polen Solidarität mit dem Opfer, mit dem Angegriffenen haben, und zwar aus eigener historischer Erinnerung.

Uns, die Redaktion der Zeitschrift „Osteuropa“, interessiert die Frage, welches Denken hinter der Reaktion in Deutschland steht. Russlands Propaganda brachte den Maidan mit Faschismus in Verbindung – und war damit in gewissen Kreisen erfolgreich. Dabei erinnert sich jeder aus der älteren Generation, wie die Solidarność von Moskau titulierte und diffamierte: als Faschisten, katholische Faschisten; auf der Danziger Leninwerft war es nach dieser Lesart zu einem „faschistischen Aufstand“ gekommen, ähnlich wie 1953, 1956 oder 1968. Hier gibt es Kontinuitätslinien in Sprache und Denken. Es war erschütternd zu lesen, dass Helmut Schmidt, der für die Meinungsbildung in Deutschlands nach wie vor sehr wichtig ist, genau den gleichen Fehler machte wie 1980/81 gegenüber den Polen. Er meinte, er wisse überhaupt nicht, was eine ukrainische Nation sei und schon der Stabilität in Europa wegen habe er Verständnis für das Vorgehen Russlands. Politisch war es genau das gleiche Denken, das zur Isolation der Sozialdemokratie in Polen bis in die Gegenwart hinein beitrug, nämlich das Unverständnis für das Anliegen einer demokratischen Bewegung wie der Solidarność. Für die Sozialdemokraten unter Kanzler Schmidt war Stabilität wichtiger als Freiheit und Selbstbestimmung einer Massenbewegung, die ihr Recht auf Selbstbestimmung in die eigene Hand nimmt. Diese Einstellung hat sich im Falle der Ukraine wiederholt. Der Testfall lautet: Wieviel ist uns die Verteidigung der Freiheit und unserer politischen Prinzipien wert.

Worum ging es in dem russisch-ukrainischen Konflikt?

Das russische Eingreifen in der Ukraine hatte vier Ziele: Erstens sollte es die demokratische Aufbruchsbewegung zerstören; zweitens das Überspringen dieser demokratischen Protestbewegung auf Russland verhindern, denn die Putinsche Elite war durch die gesellschaftlichen Proteste im eigenen Land gegen die Wahlfälschungen im Winter 2011/2012 total erschüttert. Seither hat das Regime panische Angst vor einer Revolution mündiger Bürger; drittens sollte die Westorientierung der Ukraine nach Europa verhindert werden, obwohl es das souveräne Recht einer jeden Nation ist, darüber zu entscheiden; viertens wollte Russland damit spezielle Interessen in seiner eigenen Machtsphäre demonstrieren. Doch dies ist keine Kategorie des internationalen Rechts oder der interna-

tionalen Politik, die man akzeptieren kann.

Es gibt eine Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau, die in dem Raum gemeinsamer Nachbarschaft, also in Moldova, der Ukraine, Belarus und im Südkaukasus ausgetragen wird. Die Art und Weise, wie Russlands Führung diesen Konflikt in der Ukraine austrägt, ist eine existenzielle Herausforderung für das Selbstverständnis der EU. Darin liegt wieder ein Testfall für Europa, obwohl heute die Ostukraine und die Krim aus



den Schlagzeilen verschwunden sind. Das hat jedoch mehr mit den Gesetzen der Medien als mit der politischen Realität zu tun.

In Ihrem Sammelband „Testfall Ukraine“ kommen sehr verschiedene Perspektiven zusammen: Russen, Ukrainer, Deutsche und Briten kommen zu Wort. Ihr Buch ist auch eine Lektüre, die uns unsere konventionellen Sichtweisen auf die Ukraine, unsere westeuropäischen Stereotypen vergegenwärtigt. Es verdeutlicht, wie relevant ukrainische Nationalgeschichte für Europa ist und wie groß die Tradition des Widerstandes. In Ihrem Buch steht auch der Krieg in der Ostukraine im Mittelpunkt, der in den Medien oft als eine neue Form der Kriegsführung, als „hybrider Krieg“ bezeichnet wird. Was ist aus Ihrer Sicht das Neue an diesem Krieg?

Erlauben Sie mir zunächst einige Worte zur Wahrnehmung des Krieges und zur Rolle der westlichen Medien zu sagen: Die deutschen Qualitätsmedien machen eine hervorragende Arbeit, was die Darstellung des Konflikts, der Eskalation und

auch der Täter-Opfer-Dimension anbelangt. Allerdings gibt es eine ganz starke Spaltung in der deutschen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist mehr als die Summe aller Medien. Die Putinsche Propaganda, auf dem Maidan handele es sich um Faschisten und Antisemiten, hat in Deutschland stärkere Resonanz als in allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften gefunden. Das ist absurd! In Deutschland ist oft von der „Ukraine-Krise“ die Rede. Das ist Nonsense! Es handelt sich um eine Russland-Krise: Die Radikalisierung des Putinismus führt dazu, dass das autoritäre Regime nicht mehr nur im Inneren autoritär, sondern auch nach außen autoritär agiert. Es ist eine Russland-Krise, die in der Annexion der Krim und dem verdeckten Krieg im Osten der Ukraine ihren Ausdruck gefunden hat. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ist eine historische Zäsur, auf die wir keine adäquate Antwort haben.

Unter denen, die in der deutschen Öffentlichkeit Russland verteidigen, gibt es einerseits ein Denken, das sich zum Teil aus dem Geist der „Konservativen Revolution“ aus den 1920er Jahren speist. Andererseits speist es sich aus einem schematischen Antiamerikanismus. Das ist an der Linkspartei zu sehen, die die Verantwortung für den Maidan und die Annexion der Krim bei den USA und der NATO verortet. Das Weltbild, das hinter dieser Interpretation steckt, ist ganz einfach: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Weil „Die Linke“ antiamerikanisch ist, findet sie das russische imperiale Gebilde in der Ukraine positiv, da es sich auch gegen die Amerikaner richtet. Das ist natürlich völlig grotesk, absurd und inakzeptabel.

Was ist neu an diesem Krieg? Nicht die Lügen: Die Wahrheit stirbt in jedem Krieg zuerst. Neu ist, dass Russland Krieg führt, ohne Kriegspartei sein zu wollen; dass Soldaten dort kämpfen, die offiziell keine Soldaten sind, sondern „dort Urlaub machen“ und zufällig ihre Waffen dabei haben. Russland setzt auf einen Mix aus militärischen, nichtmilitärischen und irregulären Methoden. Doch Tatsache ist: Russland ist verantwortlich für den Krieg in der Ostukraine. Ohne die Entsendung von Geheimdienstlern und Armeeeinheiten hätte es keinen verdeckten Krieg in der Ukraine gegeben.

Die Rede vom „Bürgerkrieg“ ist analytisch falsch ...

Es handelt sich um einen Interventionskrieg, wo der Intervent bestreitet, überhaupt

Teil des Konflikts zu sein. Der Westen war monatelang überfordert, darauf angemessen zu reagieren. Dass der Krieg uns etwas angeht, wurde erst durch den Abschuss der malaysischen Maschine am 17. Juli 2014 über dem Kampfgebiet klar. Das hat allen die Augen geöffnet: Das ist kein Krieg weit, weit hinten im Osten, sondern im Zentrum Europas.

Die Reaktion darauf war die Verhängung schärferer Sanktionen. Das war zwingend erforderlich, da die Kanzlerin Merkel und der Außenminister Steinmeier zuvor unmissverständlich gesagt hatten, weder militärisch intervenieren noch Waffen liefern zu wollen. Die Sanktionen lösten erstaunlicherweise et-

Sanktionen erstaunlich solidarisch verhalten, hat diesen Testfall Europa allen Widerständen zum Trotz bewältigt.

Es ist analytisch richtig, die Krise in der Ukraine von dem Krieg in der Levante zu trennen. Gleichzeitig merken wir, wie stark der Krieg in der Ukraine und der Krieg in Syrien miteinander verbunden sind. Es darf aber nicht sein, dass Russland nun einen Rabatt erhält und die Annexion der Krim sowie der Krieg gegen die Ukraine akzeptiert werden, um mit demselben Russland über Syrien zu einer Regelung zu kommen. Der Vize-Kanzler Sigmar Gabriel erklärte voreilig, jetzt müssten wir mit den Russen wieder an einen Tisch kommen.

Integration der Flüchtlinge sowie auf den Krieg in Syrien gerichtet ist.

Der renommierte Historiker Karl Schlögel greift in Ihrem Buch selbstkritisch die Frage auf, wie stark die Sicht der westlichen Historiografie auf das östliche Mitteleuropa und seine Geschichte, auf Staaten wie Belarus und die Ukraine, bislang von der russischen Perspektive geprägt war. Er gesteht in seinem Text ein, er habe bei der Auseinandersetzung mit Belarus, der Ukraine und auch mit Polen erfahren, wie stark er als Osteuropahistoriker von der russischen imperialen Perspektive beeinflusst wurde. Er fordert eine kritische Überprüfung unserer Perzeptionsmuster ein, selbst in der Wissenschaft. Ich wollte Sie nach der Osteuropa-Forschergemeinschaft in Deutschland fragen. Wie typisch ist Karl Schlögels selbstkritische Reflexion? Ist der von Schlögel eingeforderte Perspektivwechsel auf die Geschichte und die Kulturen Osteuropas in den letzten Jahren eingetreten?

Nein. Wir haben in Deutschland, dem wichtigsten Land der EU, das die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Union maßgeblich beeinflusst, dem größten Land, das auch eine bedeutende Universitätslandschaft hat, keinen einzigen Lehrstuhl, der sich etwa nach seiner Denomination mit ukrainischer Geschichte beschäftigen würde. Die überwiegende Zahl derjenigen, die sich mit osteuropäischer Geschichte befassen, konzentriert sich auf russische und sowjetische Geschichte. Erst durch den Konflikt ist es klar geworden, was für ein enormes Problem wir hier haben. Es fehlt an Expertise. Die Leute, die Slawistik studieren, haben in der Regel Russisch als erste Sprache und entweder Polnisch oder Tschechisch als zweite. Ukrainisch fristet ein Schattendasein. Diejenigen, die so ausgebildet werden, arbeiten anschließend als Journalisten. Wenn sie in Moskau oder in Warschau stationiert sind, fahren sie mit Warschauer und Moskauer Teams in die Ukraine. Dies beeinflusst ihre Fähigkeit, die Realität dort wahrzunehmen.

Durch die Krise haben verschiedene Universitäten, Fernsehsender und Rundfunkanstalten verstanden, was sie ändern müssen: Das ist gut! Die Krise ist also eine Chance; ein Aufbruch zur Neuorientierung. In dieser Hinsicht ist Schlögel mit seinem Ringen um seine individuelle Verantwortung für diese Mängel, mit seinem Geständnis, er habe sehr viele Dinge in Russland und der Ukraine zuvor nicht wirklich erkannt, ein Einzelkämpfer. Aber auch institutionell wird jetzt in Deutschland der Versuch unternommen, Einiges

Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine haben alle jene, die sich als Partner Russlands verstanden, völlig überrascht. Russlands politische Führung hat das Vertrauen, das wichtigste Gut in der Außenpolitik, zerstört. Das Putin-Regime hat den Weg in die Selbstisolation, in die Abkehr von Europa und in die Frontstellung gegen den Westen gewählt. Wirtschaftlich und innergesellschaftlich befindet sich Russland in der Agonie.

was aus, was Putin & Co. nicht erwartet hatten: europäischen Zusammenhalt. Dem Kreml unterlief eine Fehlkalkulation erster Klasse. Aus der Tatsache, dass der Westen nach dem Fünf-Tage-Krieg im Sommer 2008 im Kaukasus zwischen Georgien und Russland sehr schnell mit Russland zum *Business as usual* zurückkehrte, schloss die Putin-Elite, eine militärische Intervention auf der Krim, ja selbst ein Krieg in der Ostukraine würden den Westen nicht weiter beschäftigen, vor allen Dingen nicht die Deutschen wegen ihrer starken wirtschaftlichen Interessen in Russland. Das war ein kategorisches Missverständnis.

Ich glaube, ein Ziel Putins ist es, die Europäische Union in der Sanktionsfrage zu spalten und zu destabilisieren. Dieses Kalkül ist nicht aufgegangen: Die EU hat sich seit der Verhängung der

Wenn man genau hinhört, wird die Aufhebung der Sanktionen an die Einhaltung der Minsker Abkommen, also das Waffenstillstandsabkommen für die Ostukraine gekoppelt. Was bedeutet das aber für die Annexion der Krim? Was bedeutet das für Europas Friedensordnung, die Geltung der Grundlagen der OSZE? Es wäre ein fatales Signal, das stillschweigend anzuerkennen. Hier geht es nicht um Werte, hier geht es um die territoriale Integrität, das Gewaltverbot, die friedliche Lösung von Konflikten, die Achtung von Minderheitenrechten, zum Beispiel jetzt gegenüber den Krimtataren. Es geht um Rechte, die durch einen solchen Deal nach dem Motto „Ukraine gegen Syrien“ preisgegeben werden. Der Testfall Ukraine steht wieder im Raum, auch wenn er nicht breit diskutiert wird, weil die Aufmerksamkeit der ganzen Republik gerade auf die nächste Krise, die

neu zu justieren. Das ist notwendig, da sind uns die Polen, etwa durch das Ost-Institut (Ośrodek Studiów Wschodnich, OSW) in Warschau einfach voraus. Deutschlands Politik und Öffentlichkeit hatten nach dem Ost-West-Konflikt fälschlicherweise angenommen, wir bräuchten keine Expertise mehr über Polen, Russland, die Ukraine. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln musste schließen, und praktisch an allen deutschen Universitäten wurden politikwissenschaftliche Lehrstühle mit einem Osteuropaprofil entweder eingespart oder in europäische Integrationsforschung umgewidmet.

Die Ukraine ist nicht nur ein Test für die Europäische Union, sondern auch für Russland. Arkadi Babtschenko liefert eine beeindruckende Analyse der politischen Entwicklung in Russland. Er beschreibt, wie wirkungsvoll Putin den russischen Nationalismus mobilisiert, wie sehr er die Mehrheit der Russen auf seine Seite gezogen hat. Und dennoch erkennt er in diesem Erfolg bereits den Anfang vom politischen Ende Putins. Er glaubt nicht, die antiukrainische Politik, vor allem der Krieg in der Ukraine, könnten Putin langfristig die Macht sichern. Würden Sie dieser These zustimmen?

Absolut. Wir sehen, dass das Putin-Regime Russland wieder in eine Sackgasse geführt hat. Es handelt sich um weitere 20 verlorene Jahre. Der Anspruch am Anfang war die Modernisierung Russlands, faktisch hat eine kleptokratische Elite sich die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft angeeignet und die Modernisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verhindert. Schauen wir uns an, wohin die Annexion der Krim und der Krieg im Osten der Ukraine geführt haben, so ist Russland in der internationalen Politik weitgehend isoliert.

In der Vollversammlung der Vereinten Nationen haben nur wenige Länder Russlands Annexion der Krim unterstützt, etwa Nicaragua oder Venezuela. Aber nicht einmal Belarus oder Kasachstan haben die Annexion und das Vorgehen in der Ostukraine unterstützt, weil sie wissen, Putin spiele mit der ethnonationalen Karte ein gefährliches Spiel. Die ethnonationale Karte bedeutet „Russland den Russen.“ Das funktioniert natürlich nicht in einem Vielvölkerstaat. Die ethnonationale Karte bedeutet ideologisch aber auch: Überall dort, wo Russisch gesprochen wird, ist Russland – das war die Rechtfertigung für das Eingreifen auf der Krim. Im Norden Kasachstans oder in Belarus sorgt das für Ängste.



Manfred Sapper und / i Basil Kerski

Emanuela Danielewicz

Putin regiert seit Winter 2011 in dem Modus des Ausnahmezustands. Er braucht die Krise, zur Legitimation seiner Macht, zur Verfolgung der innenpolitischen Opposition. Demokraten werden als „fünfte Kolonne“ des Westens diffamiert, NGOs zu „feindlichen Agenten“ erklärt, Journalisten oder Oppositionspoli-

tiert war. Es strebte nach Anerkennung der Grenzen und der Sicherung seines strategischen Vorfelds. Das Putin-Regime ist nicht Status-quo-orientiert, sondern revisionistisch. Während der Breschnew-Periode gab es im kommunistischen Machtssystem noch *Checks and Balances*. Heute sind alle *Checks and Balances* im politischen Entscheidungsprozess des Putin-Regimes ausgeschaltet. Putin und einer kleinen Gruppe von Vertrauten – dem Leiter der Präsidialverwaltung, dem Verteidigungsminister, dem Chef des Sicherheitsrats und dem Chef des Geheimdienstes – obliegt die Verantwortung für die Entsendung von Truppen auf die Krim. Genau diese fünf Leute haben wieder entschieden, jetzt in Syrien an der Seite Assads militärisch einzugreifen.

Die Ukraine ist auch in einer anderen Hinsicht ein Testfall. Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine haben alle jene, die sich als Partner Russlands verstanden, völlig überrascht. Russlands politische Führung hat das Vertrauen, das wichtigste Gut in der Außenpolitik, zerstört. Das Putin-Regime hat den Weg in die Selbstisolation, in die Abkehr von Europa und in die Frontstellung gegen den Westen gewählt. Wirtschaftlich und innergesellschaftlich befindet sich Russland in der Agonie. Das ist keine gute Nachricht, sondern eine, die Anlass zur Sorge gibt.

Mit Manfred Sapper sprach Basil Kerski

Das Gespräch fand am 7. November 2015 während der Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband „Nachbarschaft in der Mitte Europas“ in Bonn statt.



tiker immer wieder erschossen. Selbst die sehr guten Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie zwischen Deutschland und Russland sind in der schwersten Krise.

Meiner Meinung nach war das Breschnew-Regime in der Sowjetunion leichter einzuschätzen als das, womit wir heute konfrontiert sind. Die Logik der Ostpolitik konnte nur deshalb funktionieren, weil die Sowjetunion damals Status-quo-orien-